

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Matthias Fischbach

Abg. Berthold Rüth

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Julika Sandt

Abg. Gabriele Triebel

Abg. Tobias Gotthardt

Abg. Markus Bayerbach

Abg. Tanja Schorer-Dremel

Abg. Dr. Simone Strohmayer

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 9** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)

zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen

Steigerung der Digitalunterrichts-Qualität (Drs. 18/12344)

- Zweite Lesung -

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 54 Minuten. Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Matthias Fischbach für die FDP-Fraktion das Wort.

Matthias Fischbach (FDP): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit der Ersten Lesung ist jetzt knapp ein halbes Jahr vergangen. Damals befanden sich unsere Schulen noch mitten in der zweiten Welle, das Lernportal mebis war kurz zuvor in die Knie gegangen, und der Distanz- und Wechselunterricht war mangels verlässlicher Rahmenbedingungen oft noch verbesserungswürdig.

Zum Glück ist diese Phase nun vorbei, während der der Distanz- und Wechselunterricht zentral verordnet werden musste. Ich finde, diese Zeit sollte auch nie wiederkommen. Dieses Gesetz wurde aber bewusst nicht nur für diese Zeit geschrieben, sondern auch, um aus der Krise eine Lehre zu ziehen, sowie als moderner Ansatz für die Zukunft der Bildung und für die Herausforderung einer digitalen Welt.

Nie wurden die Schwachstellen unseres Bildungssystems so schmerzhaft offengelegt wie durch die Pandemie. Trotz aller Versuche der Staatsregierung, die Wunden mit weißer Salbe zu überdecken, bleibt klar: Es kann so nicht weitergehen. Wir müssen die Weichen grundlegend neu stellen. Dazu ist dieser Gesetzentwurf nur ein erster Schritt; denn nie gab es mehr zu tun.

Wir haben in den Ausschüssen schon kontrovers über diesen Entwurf diskutiert. Ich möchte deswegen auf einige Kernpunkte eingehen:

Ziel dieses Gesetzentwurfs ist es nicht, den von allen Seiten gewünschten Präsenzunterricht zu ersetzen. Er soll der Regelfall bleiben. Das steht auch explizit so im Text. Wir wollen aber aus dieser anstrengenden Krisenphase die positiven Aspekte mitnehmen und es den Schulen regulär freistellen, zukünftig die neu geschaffenen digitalen Möglichkeiten im Unterricht zu nutzen. Ein Beispiel dafür sind Flipped-Classroom-Konzepte. Vor der Krise wurden diese Konzepte von den Schulaufsichten kritisch beäugt oder gar verhindert. In der Krise waren diese Konzepte für viele die sinnvollste Möglichkeit, den Wechselunterricht umzusetzen. Wie geht es weiter? – Wir möchten den Schulen einfach mehr Freiheiten geben.

Ein weiteres Beispiel: Das zeit- und ortsunabhängige Arbeiten ist im Berufsleben, gerade in vielen internationalen Unternehmen, gelebte Praxis. Ich bin der Meinung, wir könnten in den Schulen, zum Beispiel mit Projektwochen während des Jahres, digitale Elemente einsetzen und darauf vorbereiten. So könnten wir die Fähigkeit von Schülerinnen und Schülern zur Selbstorganisation stärken. Dazu wollen wir den Schulen mehr Freiheiten geben.

Ein weiteres Beispiel ist der hybride Unterricht. Wir müssen dabei nicht unbedingt an Quarantäne denken. Es gibt unzählige Gründe, warum sich Kinder, die am Unterricht nicht in Präsenz teilnehmen können, hybrid zuschalten können sollten. In der letzten Anhörung des Bildungsausschusses haben wir dazu von verschiedenen Vertretern der Schulfamilie einiges gehört. Wir haben hier durchaus einen Bedarf. Deshalb wollen wir den Schulen auch hier mehr Freiheiten geben.

Über diese Punkte hinaus wollen wir digitale Prüfungsformate nicht nur in Modellversuchen erproben, sondern direkt eine Rechtsgrundlage schaffen, die sich an den Vorgaben des Hochschulgesetzes orientiert. Ein Kollege hat versucht, seine Argumentation an diesem Punkt aufzuhängen, obwohl er den ähnlichen Formulierungen im

Hochschulgesetz zugestimmt hatte. Diese Formulierungen sind jetzt die Basis für die Fernprüfungsordnung an den Universitäten. Sei's drum: Entscheidend ist, die Digitalisierung bietet so viele Möglichkeiten und ist so schnell, dass wir den Rechtsrahmen deutlich freier gestalten müssen. Wir dürfen mit der Umsetzung nicht so lange warten, bis Technologien wieder veraltet sind.

Generell möchte ich festhalten: In der Krise hat sich gezeigt, dass wir für die Schulpraxis praktikablere Regelungen brauchen, zum Beispiel für den Einsatz von Videokonferenzen. Sie alle haben sicherlich die Geschichten von der schwarzen Wand im Unterricht gehört. Dieses Phänomen beschreibt die ausgeschalteten Videokameras, die die Lehrer gesehen haben, weil es einfach keine verbindlichen Regeln gab. Die Regelungsgrundlage war sehr schwach, weil wir nur die Bayerische Schulordnung hergenommen haben. Genau an dieser Stelle wollen wir mit diesem Gesetzentwurf ansetzen. Wir überarbeiten die Verordnungsermächtigung für diese Schulordnung. Damit schaffen wir die Grundlage für die rechtssichere Anwendung neuer digitaler Möglichkeiten. Dafür bitte ich noch einmal um Ihre Unterstützung.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Fischbach. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Berthold Rüth für die CSU-Fraktion.

Berthold Rüth (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Herr Fischbach hat davon gesprochen, dass Corona die Schwachstellen des bayerischen Bildungssystems offengelegt habe. Herr Kollege Fischbach, Sie zitieren im Ausschuss gerne Studien, die Ihnen zupasskommen. Ich empfehle Ihnen: Lesen Sie nationale und internationale Vergleichsstudien! Jede dieser Studien wird Ihnen bestätigen, dass das bayerische Bildungssystem hervorragend war, ist und auch bleiben wird.

Sie haben die Plattform mebis erwähnt. Das zeigt, dass Ihnen nichts zu schade ist, um das bayerische Bildungssystem in Misskredit zu bringen. Mebis ist ein Unterstützungssystem. Wir sind immer vom Präsenzunterricht ausgegangen. Niemand konnte ahnen,

dass wir eine Krise bekommen werden, die den Distanzunterricht erforderlich machen wird. Deshalb waren Ihre diesbezüglichen Ausführungen eine kleine Themaverfehlung.

(Beifall bei der CSU)

Vor circa zwei Monaten habe ich das Hermann-Staudinger-Gymnasium in Erlenbach besucht und die Schulleiterin gefragt, wie sie mit dem Distanzunterricht zurechtkommt. Sie sagte: Das klappt eigentlich ganz gut. Aber wenn wir Präsenzunterricht hätten, das wäre das Paradies. – Das hat sie wortwörtlich gesagt. Herr Böhm, der Vorsitzende des Bayerischen Realschullehrerverbands, sagte im April: Wir wünschen uns den Präsenzunterricht dauerhaft zurück. – Petra Hein, die Schulleiterin des Julius-Echter-Gymnasiums bei uns in Eisenfeld, sagte am 29. Juni der Heimatzeitung "Main-Echo": Distanzunterricht bringt ein großes Problem mit sich. Benachteiligte Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern werden abgehängt. – Im Januar sagte ein Schulamtsleiter im "Reichenhaller Tagblatt": "Der Präsenzunterricht ist das Maß aller Dinge, dies gilt vor allem für Grundschüler." Vor diesem Hintergrund fordert die FDP die Gleichstellung von Distanz- und Präsenzunterricht. Das ist fern der Realität. Wir haben in der Bayerischen Schulordnung schon bisher die Möglichkeit, Distanzunterricht durchzuführen, besonders in einer Sondersituation, wie sie jetzt herrscht. Deshalb ist das, was Sie wollen, für Notfälle im Prinzip schon erreicht.

Corona hat noch ein Weiteres gezeigt: Ein noch so guter Distanzunterricht ersetzt nicht den Präsenzunterricht. Lieber Herr Kollege Fischbach, was Sie fordern, wollen weder die Schülerinnen und Schüler noch die Lehrerschaft oder die Eltern. Zum Glück hat sich auch der Bildungsausschuss klar positioniert, und Sie haben für Ihren Antrag keine Mehrheit gefunden. Wenn Sie nach eineinhalb Jahren Pandemie ein Fazit ziehen, werden Sie feststellen, dass alle den Präsenzunterricht wollen, insbesondere die Familien. Die Familien hatten eine große Belastung. Ich nenne nur die Stichworte Homeoffice und Homeschooling. Ich danke an dieser Stelle allen Familien, die diese

Herausforderungen gemeistert haben, insbesondere den Müttern, die vor allem gefordert worden sind.

Auch wir wollen Präsenzunterricht, weil die Kinder im Präsenzunterricht besser lernen und mehr Freude haben. Sie haben eine bessere Kommunikation mit dem Lehrer oder der Lehrerin. Der Lehrer kann auf das Kind individuell reagieren. Daher ist es ganz wichtig, dass wir Präsenzunterricht haben. Kinder brauchen einen festen Tagesrhythmus, und sie brauchen ihre Spielgefährten und Kameraden auf dem Weg zur Schule und im Pausenhof. Sie müssen gemeinsam spielen und sich austoben. In der Grundschule brauchen sie ihren Erzählkreis. Ganz wichtig: Sie brauchen eine Ganztagsbetreuung und ein warmes Mittagessen. Wenn die Kinder ein bisschen älter sind, müssen sie sich mit ihren Freundinnen und Freunden austauschen können. All diese Punkte werden in dem Gesetzentwurf der FDP vernachlässigt.

Die Universitäten Hildesheim und Frankfurt haben im März 2021 eine Befragung zum Thema "Jugend und Corona" durchgeführt. Diese Befragung hat ergeben, dass junge Menschen wegen des langen Distanzunterrichts an psychischen Problemen und vor allem an Vereinsamung leiden. Ich danke deshalb Herrn Kollegen Seidenath von der CSU, der dieses Thema aufgegriffen hat. Er hat eine Initiative zur Erforschung der Spätfolgen des Distanzunterrichts gestartet. Wir wollen das Reha-Angebot für junge Menschen ausbauen, und wir brauchen weitere Plätze für Mutter-Kind-Kuren. Herr Kollege Fischbach, all das wird in Ihrem Gesetzentwurf vernachlässigt. Die Staatsregierung hat ein Programm im Umfang von 33 Millionen Euro aufgelegt, mit dem der Bayerische Jugendring passende Programme entwickeln kann. Ein Stichwort ist hier das Projekt "gemeinsam.Brücken.bauen". Damit sollen vor Ort passgenaue Angebote geschneidert werden, um die Jugendlichen zu unterstützen, damit sie wieder ihr seelisches Gleichgewicht finden.

Herr Fischbach, das von Ihnen erwähnte Beispiel der elektronischen Prüfung und Ihr Vergleich mit der Universität hinken. Die Studenten studieren an der Universität freiwillig. Für die Schule gilt hingegen eine Pflicht. Kinder, die zu Hause eine Prüfung schrei-

ben und dabei digital beobachtet werden, erleiden einen Eingriff in ihre Privatsphäre. Wir würden damit die Intimsphäre der Kinder verletzen. Das ist vollkommen inakzeptabel. Vor allem könnten die Kinder damit spicken ohne Ende. Niemand könnte das kontrollieren. Dieser Vergleich passt einfach nicht.

Meine Damen und Herren, wir müssen weiterhin die Voraussetzungen dafür schaffen, dass der Unterricht im neuen Schuljahr in Präsenz gewährleistet werden kann. Das Kultusministerium hat aus den Erfahrungen und Rückmeldungen der Vergangenheit ein Rahmenkonzept erstellt. Ich bin optimistisch, dass wir das neue Schuljahr gut gestalten werden.

Ich will das auch an einem Beispiel deutlich machen. Wir haben im Bereich der Digitalisierung enorm aufgerüstet. Mittlerweile haben wir 50.000 digitale Klassenzimmer. Das war im Koalitionsvertrag vereinbart. Das haben wir jetzt schon nach knapp drei Jahren erreicht. Das zeigt, dass wir auf einem sehr guten Weg sind. Es gilt, diese Anstrengungen weiter fortzuführen. Dann werden wir das neue Schuljahr hervorragend meistern.

Abschließend will ich ganz besonders den Kindern danken, die vieles ertragen mussten. Außerdem will ich den Eltern und vor allen Dingen der Lehrerschaft dafür danken, dass sie diese großen Anstrengungen unternommen haben. Eine Gruppe haben wir jedoch immer vergessen, nämlich die Hausmeisterinnen und Hausmeister. Sie haben auch hervorragende Arbeit geleistet. Es mussten Hygienekonzepte erarbeitet, Eingänge markiert, Eingänge gesperrt und Einbahnstraßen in den Schulen gebaut werden. Was dort geleistet wurde, ist hervorragend. Ich hoffe und wünsche, dass wir im neuen Schuljahr in Präsenz unterrichten können

Herr Kollege Fischbach, Ihr Antrag ist vielleicht gut gemeint, aber er passt nicht in die Zeit. Alle Menschen, die sich mit diesem Thema beschäftigen, wollen das nicht. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Kollege Rüth, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung von Frau Julika Sandt vor. Bitte schön.

Julika Sandt (FDP): Ich bin sehr überrascht. Wir reden von einer besseren Qualität des Digitalunterrichts, nicht nur des Distanzunterrichts. Sie reden von Einbahnstraßen in den Schulen durch die Hausmeister. Natürlich ist die Schule ein Lern- und Lebensraum. Natürlich ist Lernen etwas Soziales. Wenn Schüler jedoch nicht die Möglichkeit haben, am Präsenzunterricht teilzunehmen, sollte die Möglichkeit des Digitalunterrichts mit einer hohen Qualität bestehen. Es kann sein, dass ein einzelner Schüler länger krank ist. Das kann sehr viele Gründe haben. Das war in den letzten Monaten sehr unterschiedlich. Deshalb war der Distanzunterricht auch so problematisch und ist nicht gut angekommen. Laut Eltern, die mehrere Kinder haben, waren die Unterschiede sehr groß. Es gab ganz offensichtlich keine Qualitätsstandards. Einige Lehrer haben das hervorragend gemacht. In anderen Fällen habe ich von den Eltern sehr Unerfreuliches gehört. Eltern, Kinder und ganze Familien haben extrem unter der Situation gelitten. Das lag natürlich in hohem Maße an der Qualität des Distanzunterrichts. An dieser Stelle müssen wir etwas machen. Sie sagen, dafür wäre jetzt nicht die Zeit. Darüber bin ich sehr verwundert. Es wäre schon längst Zeit dafür. Es ist sehr spät. Sie sollten etwas vorantreiben.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Die Redezeit ist längst beendet.

Berthold Rüth (CSU): Liebe Kollegin Sandt, wenn man eine Frage so lange erklären muss, zeugt das davon, dass man gar nicht weiß, was man sagen will. Sie können es nicht auf den Punkt bringen. Sie haben die Einbahnstraßen in den Schulen genannt. Vielleicht habe ich mich unklar ausgedrückt. Ich habe davon gesprochen, dass die Hausmeister Wege markiert haben. Vielleicht waren Sie neulich dort. Es besteht ein Einbahnstraßenverkehr: Hier nur Eingang, dort nur Ausgang. Das habe ich gemeint. Vielleicht war es undeutlich, aber ich habe das Gefühl, dass Sie noch keine Schule in der Corona-Zeit besichtigt haben. Deshalb können Sie auch nicht mitreden. Die Haus-

meister haben Wege markiert: Eingang und Ausgang. Das habe ich gemeint. Dabei handelt es sich um eine Einbahnstraße in der Schule, die den Kindern den Weg weist.

Ich komme zum Thema Digitalisierung. Was Sie fordern, ist bereits in der Bayerischen Schulordnung geregelt. Dort ist geregelt, dass in Ausnahmefällen Digitalunterricht stattfinden kann.

Das ist praktisch Distanzunterricht. Von daher brauchen wir diesen Antrag nicht. Ich kann Ihnen noch einmal sagen: Sie erzählen immer, dass Herr Kollege Fischbach Schulen besucht. Gehen Sie doch einmal an die Schulen, die ich besuche. Ich habe den Eindruck, dass Sie immer in eine Schule gehen, in der es so ist, wie Sie es sagen. Die Masse will den Distanzunterricht nicht – ganz einfach. Alle sagen: Wir brauchen auf jeden Fall Präsenzunterricht. Das ist, was alle wollen.

(Beifall bei der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Kollege Rüth. – Als nächste Rednerin rufe ich Abgeordnete Gabriele Triebel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf.

Gabriele Triebel (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Rüth, ich weiß nicht, ob Sie den Gesetzentwurf der FDP gelesen haben. Darin geht es nicht um den Ersatz von Präsenzunterricht. Es geht darum, den digitalen Unterricht in Zukunft besser zu machen und ins 21. Jahrhundert zu führen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bis zum vergangenen Jahreswechsel haben wir sehr intensiv über den digitalen Unterricht an Bayerns Schulen diskutiert. In den letzten Wochen ist es relativ ruhig geworden. Das hat zwei Gründe. Zum einen ist das Thema mit der Rückkehr in den Präsenzunterricht für viele nicht mehr ganz so dringend, zum anderen tut sich nicht viel Neues bei der Staatsregierung. Wir sind also seit geraumer Zeit in der Warteschleife und verplempern Zeit. Seit Juli 2020 warten wir zusammen mit den Kommunen auf die

Förderrichtlinie für die IT-Betreuung. Die Dienstgeräte für die Lehrkräfte lassen vielerorts weiter auf sich warten. Das Geld aus dem DigitalPakt wird weiter nur schleppend abgerufen. Der flächendeckende Ausbau mit WLAN und vor allem Breitband an unseren Schulen stockt weiterhin – allen Jubelmeldungen zum digitalen Klassenzimmer zum Trotz.

Dabei müssen wir gerade jetzt die Weichen für einen zukunftsorientierten Unterricht stellen. Dieser sollte natürlich auch funktionieren. Vor einem Jahr fand der Schul-Digitalgipfel statt. Die neue "BayernCloud Schule" sollte entstehen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es wäre schön, wenn diese Wolke endlich am bayerischen Himmel aufziehen würde. An dieser Stelle kann ich nur an die Staatsregierung appellieren, jetzt endlich Tempo aufzunehmen und den großen Worten des Ministerpräsidenten Söder nun auch endlich Taten folgen zu lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, die Lösungen liegen schon seit Langem auf dem Tisch. Das sind zum einen die digitale Hausmeisterin oder der digitale Hausmeister, die die GRÜNEN schon seit Langem fordern, zum anderen ist das eine echte unkomplizierte Unterstützung der Kommunen bzw. eine neue Fassung des Schulfinanzierungsgesetzes. Herr Kollege Rüth, natürlich brauchen wir endlich eine didaktische Weiterentwicklung, sodass der digitale Unterricht nicht nur Stückwerk bleibt, sondern zur ganzheitlichen Idee eines Unterrichts wird, der für das 21. Jahrhundert auch wirklich angemessen ist.

Der vorliegende Gesetzentwurf geht, wie schon in der Ersten Lesung, in die richtige Richtung, weil er die eben genannten Themen aufgreift und die so nötige Weiterentwicklung der Prüfungskultur in digitaler Form an bayerischen Schulen einfordert. In einigen Punkten ist und bleibt er aber zu kurz gesprungen. Das betrifft zum einen die Finanzierbarkeit der Endgeräte für alle Schülerinnen und Schüler. Zu den Kosten und deren Finanzierung haben wir auch in den Diskussionen in den Ausschüssen relativ

wenig gehört. Zum anderen bleibt die FDP weiter Ideen schuldig, wie genau die digitalen Prüfungsformate ablaufen sollen, um zum Beispiel Unterschleif zu verhindern. Wir werden uns daher wie bei der Ersten Lesung dazu enthalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Frau Triebel. – Der nächste Redner ist Abgeordneter Tobias Gotthardt von der Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Fischbach, Sie wissen, ich schätze den Austausch mit Ihnen über bildungspolitische Themen sehr. Wir bereichern uns auch in diesem Austausch. In diesem Fall bin ich jedoch froh, dass ich nicht Ihr Lehrer und der vorliegende Gesetzentwurf keine Schulaufgabe ist. Ich hätte Schwierigkeiten, Ihnen ein Fleißbildchen zu geben. Zu glauben, man könne die digitale Unterrichtsqualität mit drei Seiten Gesetzesvorschlag reformieren, liegt fernab der Realität. Die Realität ist, dass man für eine Verbesserung der digitalen Standards – und das tun wir – gemeinsam mit den Lehrkräften, den Eltern und allen Beteiligten in der Schulfamilie konkret und handwerklich handfest arbeiten muss. Ich glaube, wenn wir uns die Bilanz nach zweieinhalb Jahren Bayernkoalition ansehen, müssen wir uns mit dem, was wir erreicht haben, alles andere als verstecken.

Ich habe vorhin vom Handwerk gesprochen. Das Bild des Baus am digitalen Schulhaus gefällt mir übrigens besser, Frau Kollegin Triebel, als von irgendwelchen Wolken zu sprechen, auch wenn "Wolke" die Übersetzung von "Cloud" ist; aber auch hier gilt: Digitalisierung zieht nicht einfach irgendwann auf: Man muss sie machen, und das tun wir. Fangen wir zum Beispiel bei der Hardware an. Seit 2008 haben wir die Zahl der Geräte für Schülerinnen und Schüler, aber auch für Lehrkräfte fast verzehnfacht. Wir haben aktuell fast 500.000 Endgeräte, die bereitgestellt werden. Davon sind nahezu 60.000 Lehrerdienstgeräte. Wenn Sie jetzt sagen, da geht noch mehr: Ja, da geht in

der Tat noch mehr, aber vergleichen Sie das bitte einmal mit anderen Bundesländern. Mit den Zahlen, die wir erreicht haben, und der Steigerung stehen wir mit an der Spitze in Deutschland. Wir haben insgesamt bereits 200 Millionen Euro in diesen Bereich investiert. Nur zum Vergleich: NRW hat – so habe ich gelesen – allein 100 Millionen dafür bereitgestellt und etwas mehr als die Hälfte davon überhaupt erst einmal abgerufen. Ich bin überzeugt, dass wir uns hier nicht verstecken müssen.

Übrigens, weil immer der Vergleich mit Estland angeführt wird: Ich messe mich gerne mit Estland. Vor Kurzem hatte ich einen sehr interessanten Austausch im Rahmen des AdR mit der Präsidentin Kaja Kallas in Estland. Sie ist eine wirklich beeindruckende Frau, und es ist auch beeindruckend, was dort vorangeht. Aber bitte vergleichen Sie einmal die Zahlen: Wir sprechen in Estland von 600 Schulen und einer Bevölkerung von 1,4 Millionen – das ist München und nicht Bayern! Die Zahl der Schülerinnen und Schüler ist geringer als die der Einwohner von Regensburg. Dies nur, um einen Vergleich zu haben, was wir hier leisten und was in Estland rein organisatorisch zu leisten ist.

Wir haben – ein Kernpunkt Ihres Gesetzentwurfs – im Frühjahr 2020 auch sehr früh einen Rahmen für den Distanzunterricht geschaffen. In § 19 Absatz 4 der Bayerischen Schulordnung ist geregelt, wie der Distanzunterricht funktionieren soll. Wir haben bewusst – auch dies ist eine Forderung von Ihrer Seite – Freiraum für die einzelnen Schulen gelassen, weil wir wissen, dass die Schulen in Bayern sehr vielfältig sind und arbeiten. Wir haben viele verschiedene Schularten. Hier kann ich keine einfache Form überstülpen. Wir haben aber eine Variante gefunden. Wir haben Standards definiert. Hierzu nur ganz kurz: klare Strukturen, Verbindlichkeit, regelmäßiger persönlicher Kontakt, kontinuierliches Feedback, Gestaltungsspielräume, Methodenvielfalt und der systemische Einsatz gezielter Werkzeuge zum Lernen und Kommunizieren. All das ist vorgegeben, all das gibt es bereits. Dafür brauchen wir keinen kleinen Gesetzentwurf der FDP.

Wir haben auch klar kommuniziert, welche Regeln beim Einsatz digitaler Instrumente und Methoden im Distanzunterricht gelten. – Das ist übrigens nicht so einfach, Herr Kollege Fischbach, wie Sie es dargestellt haben, dass wir einfach nur in die Bayerische Schulordnung blicken und dabei etwas ein wenig nach links und rechts schieben müssten. Nein, wir befinden uns hier in einem sehr starren Rahmen an Vorgaben der EU und des Bundes. Das heißt, wir haben gar nicht die Möglichkeit, in der Bayerischen Schulordnung einfach einmal schnell die schwarze Wand, von der Sie gesprochen haben, abzuschaffen, sondern dies ist durch die Datenschutzvorgaben auf EU- und Bundesebene geregelt. Hier tun wir uns schwer, wenn wir dies nur im bayerischen Schulgesetz ändern wollen.

Wir arbeiten insgesamt – das habe ich schon gesagt – am digitalen Schulhaus in Bayern. Ich glaube, wir sind hier auf einem sehr guten Weg. Das geschieht nicht von heute auf morgen, sondern das dauert. Das dauert in der Hardware und in der Software. Ein Beispiel: Wir haben jetzt mit Visavid eine Kommunikationslösung und Lizenzen für alle Schulen besorgt. Wir arbeiten weiter und werden auch die bestehenden Elemente, die wir im digitalen Schulhaus, also im digitalen Lehrerzimmer, im digitalen Klassenzimmer und in der digitalen Schulverwaltung, haben, weiterentwickeln und ausbauen. Mir ist ehrlich gesagt wichtig, am Ende dieses Prozesses – ja, hier war die Corona-Krise eine Lehrstunde für uns alle – dazustehen und sagen zu können: Wir haben ein gutes, stabiles und profundes digitales Schulhaus für Bayern gezimmert. Wir haben uns die Hände schmutzig gemacht, damit es funktioniert. Wir haben aber auch ein digitales Schulhaus, das funktioniert und anwendbar ist; denn auch das ist eine Lehre, die wir aus der Corona-Pandemie gezogen haben: Wir müssen nicht alles, was wir in dieser Extremphase, die wir an unseren Schulen hatten, angewandt haben, in der bestehenden Form weiterführen, sondern müssen es modifizieren. Wir müssen genau herausfiltern, was unsere Schulen brauchen und was jetzt im Unterricht angewandt werden muss.

Ich erinnere mich an Ihren Beitrag, Herr Fischbach – ich glaube, es war im Finanzausschuss –, als Sie sagten, es wäre schön, wenn wir in Zukunft Projektwochen zum Distanzunterricht hätten. Hier sage ich ehrlich, das halte ich persönlich für eine sehr charmante Idee. Ich glaube zwar, aktuell haben sowohl Lehrer als auch Schüler die Nase voll vom Distanzunterricht, aber darüber kann man sicher sprechen. Jedoch so zu tun, als käme eine Digitalisierung wie ein Wolkenschiff angefahren, Frau Kollegin Triebel, oder als müsse man dafür drei Seiten aufschreiben und schon hätte man es erreicht, ist einfach falsch. Richtig und wichtig ist, dass wir uns gemeinsam Gedanken machen und das digitale Schulhaus wirklich profunde zimmern. Dann, glaube ich, tun wir Lehrkräften und Schülern wirklich Gutes und bringen den bestehenden digitalen Unterricht in Bayern voran, der in seinem Niveau nicht so schlecht ist, wie Sie ihn manchmal darstellen.

Dies ist mir übrigens auch deshalb wichtig, weil ich es nicht mag, wenn man immer einzelne Schulen und Negativbeispiele anführt, die auch bei mir aufschlagen. Auch ich erhalte Anrufe zu der einen Englischlehrerin am Gymnasium, die niemals irgendwann auch nur eine Videokonferenz angeboten hätte, und Beschwerden über diesen und jenen Lehrer. Aber ich höre von sehr vielen Lehrkräften und kenne auch viele Beispiele von Lehrkräften, die sich in diesem letzten Jahr, in diesen letzten 15 Monaten engagiert haben ohne Ende, kreativ waren ohne Ende und Dinge auf die Beine gestellt haben, die wir nicht für möglich gehalten hätten. Genau das ist das Gros, mit dem wir in Bayern leben. Wir haben Lehrkräfte, die sich Gedanken machen und die mitarbeiten, die die tragende Säule eines funktionierenden Digitalunterrichts in Bayern sind; denn eines ist klar – –

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

– Ach so. Ich will niemanden aufhalten, der hier applaudieren möchte.

Es ist wichtig, an dieser Stelle festzuhalten: Kein Unterricht, auch kein digitaler Unterricht, wird sich allein mit Beamern, Projektoren, Laptops und Tablets organisieren las-

sen. Hinter jedem Laptop steht eine Lehrkraft. Das ist so und wird so bleiben. Unser Ziel ist es, gemeinsam mit den Lehrkräften, den Schülern, den Eltern und der Schulfamilie das digitale Schulhaus für Bayern zu bauen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Kollege. – Wir haben eine Zwischenbemerkung des Kollegen Fischbach. Bitte, Herr Fischbach.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Ich habe ihn so oft angesprochen, dass das jetzt sein muss.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Auch wenn es zuvor nicht geklappt hat, jetzt klappt es.

Matthias Fischbach (FDP): Lieber Herr Kollege Gotthardt, danke für Ihre Ausführungen. Sie haben sehr viel davon gesprochen, wie wenig man mit diesen drei Seiten regeln könnte usw., wie wenig Regelungsbedarf es gäbe und dass es doch Sache der EU sei, EU-rechtliche Vorgaben zum Datenschutz zu beachten. Meines Erachtens muss man an einer gewissen Stelle anfangen. Datenschutzrechtliche Grundlagen muss man auch gesetzlich verankern, weil es um Grundrechtseinschränkungen geht, genauso wie es auch eine Grundrechtseinschränkung ist, dass wir eine Schulpflicht haben. Ich muss Sie, da Sie neu im Ausschuss sind, darüber in Kenntnis setzen, dass auch das Kultusministerium im Ausschuss schon berichtet hat, dass eine entsprechende Änderung des BayEUG geplant ist. Zum Beispiel habe ich am 26.11. nachgefragt, als der jetzige Amtschef für den Bericht zu Besuch war, ob man eine solche Fernunterrichtsregelung im BayEUG auch verankern wolle. Daraufhin hieß es, dies wolle man bei der nächsten Änderung vorsehen. Jetzt haben wir hier drei Seiten vorgelegt, –

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ihre Redezeit ist zu Ende, Herr Kollege.

Matthias Fischbach (FDP): – aber seit über einem halben Jahr wurden null Seiten durch das Ministerium vorgelegt.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Das stimmt so nicht. Vorhin habe ich detailliert erklärt, was wir vonseiten des Ministeriums und der Regierungsfractionen bereits getan haben, um den Distanzunterricht zu ermöglichen und in eine passende, funktionierende Form zu bringen. Ich habe nicht gesagt, wir oder Sie würden zu wenig regeln. Ich habe nur gesagt, dass das System dahinter etwas komplexer ist, als dass es mit drei Seiten abgedeckt werden könnte. Was die Bundes- und Europaebene betrifft, habe ich nur festgestellt, wir können hier in Bayern nicht jenseits von Bundes- und Europavorgaben irgendwelche Punkte im Datenschutz – und Sie wissen genau wie ich, wie eng und streng diese sind – regeln. Es ist wie beim digitalen Schulhaus: Es ist eine komplexe Geschichte, und wir müssen dranbleiben. Wir müssen im Dialog bleiben und uns austauschen. So einfach, als dass man es auf drei Seiten abhandeln könnte, ist es nicht. Das meinte ich. Deswegen gibt es kein Fleißbildchen, tut mir leid.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Kollege Gotthardt. Sie dürfen zurück an Ihren Platz gehen. – Als nächsten Redner rufe ich Herrn Kollegen Markus Bayerbach von der AfD-Fraktion auf.

(Beifall bei der AfD)

Markus Bayerbach (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe FDP! Was für ein Gesetzentwurf! Auf der einen Seite stellt sich Ihr Herr Lindner vor jedes Mikrofon, das er findet, und mimt den Corona-Kritiker und den Wahrer der Freiheitsrechte. Auf der anderen Seite geht es hier im Bayerischen Landtag um Digitalisierung mit der Begründung, dass wir dann zukünftig, bei der nächsten Pandemie, wieder Hybrid-, Wechsel- und Distanzunterricht machen können. Nehmen Sie es mir

nicht übel, aber Ihr einziges Mantra war immer "Digitalisierung und Raumlüfter". Sie haben alles mitgetragen, was für unsere Schüler Erschwernis war. Sie waren für Distanzunterricht, für Masken und für das Testen. Sie waren für alles, was es unseren Schülern schwer gemacht hat.

(Beifall bei der AfD)

Damit haben Sie sich wirklich selbst entlarvt. Zur Digitalisierung sage ich Ja, aber ich sage ganz klar Nein zum Distanzunterricht. Distanzunterricht ist so effektiv wie Sommerferien. Eine Studie der Universität Frankfurt sagt, dass die durchschnittliche Kompetenzentwicklung während der Schulschließung im Frühjahr als Stagnation mit Tendenz zu Kompetenzeinbußen zu bezeichnen ist.

Jetzt kommen Sie mir bitte nicht damit, dass unsere Lehrer daran schuld sind. Sie haben sich weiß Gott was ausgedacht. Sie haben gemacht und getan. Die Annahme, dass man mit Distanzunterricht irgendetwas hinkriegt, ist unglaublich. Die Rahmenbedingungen waren natürlich schlecht; da sind wir uns einig. Aber unsere Lehrer haben viel ausgeglichen. Wir sind uns einig: Der Digitalisierungsturbo kommt nur im Märchenbuch Söder-Aiwanger vor. Er kommt kurz hinter dem Raumfahrtprogramm.

Trotzdem ändert das nichts. Distanzunterricht wird nicht funktionieren. Er hat nämlich nichts mit der Leistungsgesellschaft zu tun. Hier entscheiden nämlich nicht mehr Motivation, Fleiß und Intelligenz, sondern der finanzielle Status, das Bildungsniveau und vor allem auch die Betreuung durch die Familie. Natürlich trifft es da wieder die sozial benachteiligten Familien und die Alleinerziehenden. Bildung ist ein Grundrecht, und zwar für alle.

Bildung ist nicht mit der Überhöhung der Digitalisierung durchzuziehen. Sie betreiben das als Selbstzweck. Bildung erfordert Präsenz und soziale Interaktion; denn am besten lernt man immer noch in einer Gruppe oder zu zweit mit gemeinsamer Diskussion und Reflexion, masken- und testungsfrei. Digitalisierung kann ein Bildungsinhalt sein, aber Digitalisierung unterrichtet nicht. Bildung schließt Werte, Fertigkeiten, Fähigkeiten

und Kommunikation mit ein. Gerade jetzt haben wir an den Schulen ein ganz anderes Problem: Unseren Schülern fehlen die sozialen Kontakte und die soziale Interaktion. Sie haben soziale Defizite. Das wirkliche Problem unserer Schüler besteht darin, dass sie Lehrer statt Laptops brauchen.

(Beifall bei der AfD)

Wir brauchen Schulpsychologen statt Whiteboards. Wir brauchen wieder Freude statt Angst in der Schule. Wir brauchen aktuell in der Schule überhaupt keine Experimente. Lassen Sie jetzt bitte die Lehrer und Schüler endlich einmal Unterricht aufholen, und krepeln Sie da nichts um! Das brauchen sie jetzt im 21. Jahrhundert noch viel mehr. Das hat mit "modern" nichts zu tun. Wenn Sie in unsere Schulen schauen, sehen Sie, dass wir viel größere Probleme auf der sozialen und emotionalen Ebene haben als mit der Digitalisierung.

Die FDP möchte wie unser Ministerpräsident Söder auch nicht eingestehen, dass die Kinder keine Pandemietreiber sind. Sonst würde sie nicht als Begründung den kommenden Distanz-, Wechsel- oder Hybridunterricht anführen. Inzwischen gibt es nicht nur Studien aus Sachsen oder von der LMU, sondern auch Studien aus Mecklenburg-Vorpommern. Kinder sind keine Pandemietreiber, auch nicht mit der Delta-Variante. Spätestens wenn jetzt im Sommer jeder Erwachsene ein Impfangebot hatte, gibt es keinen Grund mehr, die Kinder irgendwo in den Distanzunterricht zu schicken. Entweder man ist geimpft, oder man nimmt das Risiko in Kauf. Aber die Kinder selbst sind nicht gefährdet, schwer oder lebensgefährlich zu erkranken, wenn man jetzt einmal die Risikopatienten ausnimmt. Das ist natürlich klar.

Ich wiederhole es, weil die Staatsregierung es immer nicht hören will: Weniger als 1 % der Schüler stecken sich in der Schule an. Wenn man da noch ein Argument findet, die Kinder nicht in die Schule zu lassen, ist das unglaublich. Tun Sie nicht länger so, als ob die Schule der Vorhof zur Hölle wäre! Nehmen Sie einfach unseren Lehrern und Schülern wieder die Angst, und sagen Sie den Eltern und Lehrern die Wahrheit! Sie

sollen nämlich keine Angst vor ihren Kindern haben. Sie sollen endlich mal wieder unterrichten, ihre Kinder gernhaben und sich auf die Schule freuen.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bleiben Sie bitte, Herr Bayerbach! Wir haben eine Zwischenbemerkung. Bitte gehen Sie noch einmal ans Mikrofon! – Frau Schorer-Dremel, bitte.

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sehr geehrter Herr Kollege Bayerbach, nachdem Sie auch die Frankfurter Studie zitiert haben, ist Ihnen ja sicherlich bekannt, dass diese Studie von 2020 ist und dass wir das diesjährige Schuljahr mit dieser Studie nicht abdecken. Die Studie betrachtet das vergangene Jahr in der Pandemie sehr eingeschränkt. Jetzt würde mich schon interessieren, wie Sie aus einer veralteten und mittlerweile überholten Studie solche Schlüsse ziehen.

Markus Bayerbach (AfD): Das ist ganz einfach. Viele Parameter haben sich seitdem überhaupt nicht geändert. Sie brauchen bloß einmal mit den Lehrern zu reden. Der Prozentsatz der Schüler, die im Distanzunterricht überhaupt nicht erreichbar sind, hat sich nicht wirklich verändert.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Oh doch!)

– Oh nein!

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Oh doch!)

– Ganz ehrlich: Wie kann man es verantworten, auch wenn es statt 30 nur noch 3 % sind, auch nur 3 % der Schüler komplett außen vor zu lassen? – Wirklich überall, in allen Studien, ist festgestellt worden, dass die psychischen Probleme unserer Schüler durch den Distanzunterricht massiv zunehmen. Dass die Bildungsschere immer weiter auseinandergeht zwischen denen, die zu Hause Möglichkeiten haben, und denen, die zu Hause keine Möglichkeiten haben, ist ebenfalls bewiesen.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Es gibt noch eine weitere Zwischenbemerkung, jetzt von Frau Julika Sandt. – Bitte.

Julika Sandt (FDP): Es ist wirklich grober Unfug, so zu tun, als hätten wir, die FDP, die den Gesetzentwurf hier eingebracht hat, behauptet, Kinder wären Pandemietreiber. Wir haben immer darauf hingewiesen, dass die Kinder nicht die Pandemietreiber sind. Der Gesetzentwurf ist vom Januar, und es muss einfach die Möglichkeit für Distanzunterricht geschaffen werden. Man weiß nie, was kommt. Man war auch nicht auf Corona vorbereitet. Irgendetwas kann immer sein. Einzelne Schüler können krank werden. In "International Schools" ist vielleicht jemand einmal ein halbes Jahr in Korea; der hat dann Distanzunterricht. Da geht das einfach. Wir leben in einer globalisierten Welt. Daher finde ich die Möglichkeit, guten Distanzunterricht zu haben, sehr sinnvoll.

Überhaupt geht es hier um sehr viel mehr. Generell geht es um Digitalunterricht. Digitalunterricht ist nicht generell gut. Er kann auch sehr schlecht sein, wenn er schlecht gemacht ist, wenn der Lehrer nämlich vorne steht und seinen Frontalunterricht am Computer hält. Man braucht einen –

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Die Redezeit ist zu Ende.

Julika Sandt (FDP): – guten methodischen und didaktischen Ansatz. Das fordern wir hier, auch für den Distanzunterricht.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Bayerbach, bitte.

Markus Bayerbach (AfD): Liebe Frau Kollegin Sandt, in der Begründung steht trotzdem etwas von der Vorbereitung für zukünftigen Distanz-, Hybrid- und sonstigen Unterricht drin. Sie müssen schon lesen, was Sie selbst geschrieben haben. Wenn die FDP nicht der Meinung ist, dass Kinder Pandemietreiber sind, dann frage ich mich, warum Ihr Kollege Fischbach im Bildungsausschuss immer noch massiv alle Möglichkeiten mit Testung, Masken usw. befürwortet.

(Matthias Fischbach (FDP): Das stimmt doch gar nicht. Schauen Sie unseren letzten Antrag zur Maskenpflicht an!)

– Also bei den Abstimmungen schaut es komischerweise immer anders aus.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abgeordneten Matthias Fischbach (FDP))

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Bayerbach. – Damit kann ich die nächste Rednerin aufrufen, Frau Dr. Simone Strohmayr von der SPD-Fraktion.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe FDP, lieber Herr Fischbach, das Ziel dieses Gesetzentwurfs – besserer digitaler Unterricht – ist sicherlich richtig. Aber das war es dann auch schon von unserer Seite mit dem Lob; denn dieser Gesetzentwurf ist wirklich schlecht gemacht. Er ist völlig unklar, man könnte auch sagen: beliebig. In Ihrem Entwurf steht zum Beispiel: Zur Erprobung kann vorgesehen werden, dass Prüfungen, die geeignet sind, nach Ermessen der Schule ohne Verpflichtung zur persönlichen Anwesenheit in digitaler Form durchgeführt werden. – Ich frage Sie: Ja, was jetzt? Welche Arbeiten, wann, wo, wie, wer, was, und wie wird das entschieden? – Alles bleibt im Vagen.

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Fischbach (FDP))

Ja, das Thema Digitalisierung an Schulen ist wichtig. Dieser Gesetzentwurf hilft aber den Schulen nicht, er hilft den Schülerinnen und Schülern nicht, und er hilft den Lehrerinnen und Lehrern nicht. Er hinterlässt letztendlich mehr Fragen, als er Antworten gibt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, hinzu kommt, dass dieser Gesetzentwurf auch inhaltlich falsch ist. Wir sind in Bayern einfach noch nicht soweit – das ist schade; da gebe ich Ihnen recht –, den Präsenzunterricht dem digitalen Unterricht gleichsetzen zu können. Heute wurde dazu schon viel gesagt. Präsenzunterricht ist wichtig. Er ist für die Schülerinnen und Schüler wirklich eine wichtige Voraussetzung. Schule ist doch so

viel mehr als nur Lernen; Schule ist Zusammensein, Schule ist Spaß haben, Freunde treffen. All dies ist digital sehr schwer möglich.

Herr Fischbach, Sie wissen doch, dass wir für die Digitalisierung, die so wichtig ist, erst einmal die Basics schaffen müssen. Diese Basics fehlen aber leider; da gebe ich Ihnen recht. Leider haben wir es nicht geschafft. In Bayern waren unsere Minister und unsere Ministerien mit der Digitalisierung anscheinend überfordert. Leider klappt trotz Millionenausgaben das Schulverwaltungsprogramm immer noch nicht richtig. Leider ist auch mebis noch kein Renner. Leider sind auch viele unserer Schulen noch nicht richtig ans Internet angeschlossen. Um genau zu sein: 50 % der Schulen haben immer noch kein schnelles Internet. Letzte Woche hatte ich eine Video-Schalte mit verschiedenen Schulleitern. Viele Grundschulen jammern immer noch, dass sie kein Netz haben, also überhaupt kein Netz, auch kein langsames Netz.

Auch mit den Geräten ist das immer noch so eine Sache. Viele Schülerinnen und Schüler haben immer noch kein Gerät. In den Mittelschulen haben circa 50 % der Schülerinnen und Schüler ein ordentliches Gerät zum Arbeiten. Deswegen fordern wir, die SPD-Landtagsfraktion, seit Langem die digitale Lernmittelfreiheit. Das wäre der richtige Schritt, der jetzt folgen muss, damit jeder Schüler und jede Schülerin ein digitales Endgerät zum Arbeiten bekommt; denn nur so können wir digitale Ungerechtigkeiten an den Schulen vermeiden.

(Beifall bei der SPD)

Liebe FDP, wenn wir dieses Gesetz jetzt so einführen, hängen wir viele Schülerinnen und Schüler endgültig ab; digitale Ungerechtigkeiten werden dann zementiert. Das lassen wir Sozialdemokraten nicht zu.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen weiter an der Digitalisierung der Schulen arbeiten. Wir brauchen für unsere Schulen einen digitalen Masterplan – so hat es der Vbw neulich formuliert. Ich stimme voll zu. Wir brauchen ein schnelles Netz an allen Schulen. Wir brauchen digitale Endgeräte für alle Schülerinnen und Schüler. Wir brau-

chen Systemadministratoren an unseren Schulen. Wir brauchen digitalen Unterricht. Er muss fester Bestandteil in der Lehrerausbildung und im Referendariat sein. Ältere Lehrerinnen und Lehrer müssen nachgeschult werden. Wir brauchen eine Pflicht zur Fortbildung. Wir brauchen einen Masterplan für digitalen Unterricht, eine digitale Pädagogik und eine digitale Didaktik. Wir brauchen auch digitale Medien und vor allen Dingen Medienkompetenz in allen Schulfächern.

Es ist also noch eine ganze Menge zu tun. Dies alles kann nur in einer Lern- und Erziehungspartnerschaft von Schulen und Eltern gelingen.

Ja, es gibt noch viel zu tun, und ja – auch das wurde heute schon gesagt –, es klappt vieles schon besser als vor einem Jahr, aber vieles eben leider noch nicht so, wie es klappen müsste.

An dieser Stelle noch ein großes Lob an alle Schülerinnen und Schüler, an alle Lehrerinnen und Lehrer, an alle Schulleiter, die in den vergangenen Monaten den digitalen Unterricht organisiert haben. Wir brauchen aber noch viel mehr gemeinsame Anstrengungen, um letztendlich dort hinzukommen, wo unsere Schulen sein sollten, damit wir ins digitale Zeitalter einziehen können.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Frau Strohmayer. – Die Zwischenbemerkung kann ich nicht mehr zulassen, Kollege Fischbach; die FDP-Fraktion hat zu diesem Tagesordnungspunkt bereits drei Zwischenbemerkungen gemacht. – Vielen Dank. Damit liegen mir keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Bildung und Kultus empfiehlt den Gesetzentwurf zur Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Gesetzentwurf der FDP-Fraktion auf Drucksache 18/12344 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die FDP-Fraktion. Wer ist dagegen? – Das sind die SPD, FREIE WÄHLER, CSU, AfD und der

fraktionslose Abgeordnete Plenk. Wer enthält sich? – Das ist die Fraktion der GRÜNEN. Damit ist dieser Gesetzentwurf abgelehnt.